

Risse in der Megamaschine

Vortrag von Fabian Scheidler – Internationales Forum im Alten Rathaus München
17. Februar 2017 (vom Autor redigierte Fassung)

Die Welt ist aus den Fugen: Das ist eines der wenigen Dinge, bei denen man vielleicht mit den Organisatoren der Münchener Sicherheitskonferenz einig sein kann. Wir haben es mit einer systemischen Krise zu tun, die sich auf verschiedenen Ebenen abspielt. Wir haben eine Krise des Erdsystems, des globalen Systems, das unser aller Leben und sämtliche Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme, die es geben kann, erhält. Es ist das größte System, über das wir uns sinnvoller Weise Sorge machen können – und es gibt Grund zur Sorge. Ich will von den vielen Punkten, die man dazu sagen könnte, nur einen nennen, der das Klima betrifft. Im Laufe der letzten zwei Jahre sind zwei Studien herausgekommen, die übereinstimmend sagen, dass große Teile des Nahen und Mittleren Ostens im Laufe der nächsten 50 bis 70 Jahre unbewohnbar werden durch die Effekte des Klimawandels, einfach weil es dort zu heiß wird, unerträglich heiß, sich der Wassermangel verschärft und vieles mehr.

Wir wissen heute schon, dass der Syrienkonflikt durch den Klimawandel mit verursacht wurde, weil bis zu einer Million Menschen ihre Heimat verlassen mussten, ihr Land aufgeben mussten wegen der größten Dürre seit es in Syrien überhaupt Aufzeichnungen darüber gibt. Wir haben neben der Klimakrise – und das ist nicht nur eine Klimakrise, sondern eine Krise des Lebens auf der Erde – auch eine Krise unseres Wirtschaftssystems, der Weltwirtschaft. In den Wirtschaftswissenschaften läuft das unter dem Begriff „säkulare Stagnation“. Dieses Wortungetüm sagt einfach, dass der Kapitalismus nicht mehr rund läuft. Das hat etwas damit zu tun, dass sich der Kapitalismus in den letzten 30 Jahren des Neoliberalismus in gewisser Weise zu Tode gesiegt hat.

Es ist sehr erfolgreich gewesen, Arbeitsplätze in Billiglohnländer zu verlagern, die Gewinne in Steueroasen zu verschieben, Gewerkschaften zu schwächen, Löhne zu drücken und vieles mehr. Für einige, die Reichsten, und für die großen Unternehmen war das eine erfolgreiche Strategie, aber für das Gesamtsystem ist das fatal, weil den Leuten einfach am Ende des Tages die Kaufkraft fehlt, um die gesamten Produkte noch zu profitablen Preisen aufzukaufen. Und die Masse von Produkten und Dienstleistungen muss ja im Kapitalismus immer weiter wachsen.

Und aus diesem Grund haben wir eine systemische ökonomische Krise, die sich z.B. darin äußert, dass wir inzwischen über 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in großen Teilen Südeuropas haben – von anderen Teilen der Welt ganz zu schweigen; die sich darin äußert, dass die Ökonomie im wesentlichen die großen Gelder in die Finanzmärkte verschiebt, die Blasen produzieren und dann platzen. Als Folge davon gibt es eine extrem wachsende Ungleichheit auf der Welt in fast allen Ländern der Erde, und daraus wiederum resultiert das politische Chaos, das wir im Moment in sehr vielen Ländern der Erde sehen: in Europa, in den USA, in Indien, auf den Philippinen und so weiter. Darüber hinaus sehen wir auch, dass eine Erzählung Risse bekommt und vor unseren Augen in sich zerfällt, nämlich die Erzählung vom endlosen Fortschritt durch die Gaben der westlichen Zivilisation. Diese Erzählung hat 200 Jahre funktioniert, aber inzwischen ist die Zahl der Menschen, die tatsächlich glauben, dass sie und ihre Kinder ein besseres Leben haben werden, verschwindend gering geworden.

Wir haben weiterhin eine Krise der US-Hegemonie. Seit dem Zweiten Weltkrieg sind die USA die stärkste Macht auf der Welt – militärisch, finanziell und in vielen anderen Gebieten. Aber wir sehen spätestens seit dem Disaster des Irakkriegs einen Zerfall der US-Hegemonie. Wir sehen auch einen moralischen Zerfall der US-Hegemonie, die noch nie schön war, aber

die Bilder von Abu Graib und Guantanamo haben tatsächlich die moralische Kompetenz der USA noch weiter untergraben. Die Finanzkrise 2008 hat auch die ökonomische Position der USA geschwächt und wir stehen also vor der Frage, ob wir tatsächlich eine multipolare Weltordnung bekommen. Es gibt inzwischen auch immer mehr Stimmen, die sagen, dass die USA sich in Richtung eines *failed States* bewegen, und das sind nicht irgendwelche Leute. Dazu gehören z.B. James Clapper, der bis Januar Chef der National Intelligence in den USA war, der Dachorganisation der amerikanischen Geheimdienste; der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman und viele mehr. Sie sprechen davon, dass die USA aufgrund der extremen sozialen Polarisierungen und aufgrund der Tatsache, dass das Vertrauen in die politischen Institutionen in Amerika weitgehend zusammengebrochen ist, dass die amerikanische Gesellschaft sich möglicher Weise auf einen *failed State* zubewegt. Die Folge von all diesen systemischen Krisen ist, dass wir uns in eine chaotische Übergangszeit hineinbewegen, in eine systemische Krise, die mit enormen Gefahren verbunden ist. Gefahren auch von mehr Konfliktpotential, von Kriegen, einer Übergangszeit, die aber auch Chancen bietet. Und darauf will ich im späteren Teil meines Vortrags zurückkommen.

Jetzt schauen wir uns aber kurz an, wie diese Krisen von der Münchner Sicherheitskonferenz dargestellt werden. Wir lesen im aktuellen Munich Security Report, der Hauptpublikation der Konferenz, von „Cracks in the liberal international order“ also *Rissen in der freiheitlichen internationalen Ordnung*. Es ist sehr interessant, dass die Organisatoren der Konferenz die Ordnung, die wir seit 1945 haben, die US-hegemoniale Ordnung, als freiheitlich und überhaupt als eine Ordnung bezeichnen. Wir müssen uns fragen, Freiheit und Ordnung für wen? Für die acht Personen, die heute soviel besitzen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung? Für sie ist es bestimmt eine freiheitliche Ordnung. Aber ist es auch eine freiheitliche Ordnung für die Menschen im Kongo, in Indonesien, Chile, Brasilien und Dutzenden anderer Länder, deren demokratisch gewählte Regierungen seit 1945 durch Putsche und verdeckte Operationen von westlichen Geheimdiensten gestürzt wurden, mit unermesslichem Leid, das seither daraus folgt?

Wie steht es um die Bewohner in Diktaturen wie Ägypten oder Saudi Arabien, die seit Jahrzehnten vom Westen gesponsert und aufrecht erhalten werden? Genießen die Bewohner Afghanistans, Iraks, Libyens oder Somalias, die seit 2001 vom Krieg gegen den Terror heimgesucht wurden, der weiteres unermessliches Leid über diese Länder gebracht hat und unendlich viel mehr Terror erzeugt hat, als je vorher da war, eine freiheitliche Ordnung? Oder die Millionen von Menschen – 60 Millionen sind es im Moment – die auf der Flucht sind vor diesen Kriegen, vor Klimachaos und wirtschaftlichem Ruin, von denen zehntausende an den Grenzen der Festung Europa gestorben sind und sterben? Es ist eben nicht nur Trump, der eine Mauer baut, es ist auch die Europäische Union, die dies an ihren Grenzen tut. Wir dürfen uns auch erinnern, dass diese freiheitliche, diese liberale Ordnung, wie die Münchner Sicherheitskonferenz sie nennt, in der Zeit seit 1945 zwei Methoden bereit gestellt hat, um die Menschheit und große Teile des Lebens auf der Erde auszulöschen: die Atomwaffen und das Klimadesaster. Keine andere Zivilisation hat das bisher zu Stande gebracht. Diese freiheitliche Ordnung erzeugt Unfreiheit und Chaos auf der Welt. Und deswegen muss sie grundsätzlich geändert werden.

Ich kann das hier nur ganz kurz skizzieren. Wir brauchen eine Tiefentransformation der ökonomischen Strukturen, einen Abschied von dem Prinzip der endlosen Geldvermehrung. Dieses Prinzip dominiert Europa seit 500 Jahren und inzwischen die ganze Welt. Es ist das übergeordnete Prinzip dessen, was ich die Megamaschine nenne, was andere das moderne, kapitalistische Weltsystem genannt haben: aus Geld mehr Geld zu machen, um jeden Preis. Wir brauchen viel Kreativität und wahrscheinlich lange Kämpfe, um aus dieser tödlichen

Dynamik auszusteigen, denn sie ist es auch, die letztlich die Staaten aufeinander hetzt und uns Kriege beschert. Wir müssen uns also auf die Suche nach einer postkapitalistischen Ökonomie, einer gemeinwohlorientierten Ökonomie – wie immer man sie nennt - machen. Das bedeutet auch Abschied vom endlosen Wachstum und einer endlosen Ressourssenausbeutung, die für viele Konflikte maßgeblich verantwortlich ist. Das bedeutet auch Abschied von der Konkurrenz von Nationalstaaten, von militärischer Dominanz, und die Suche nach einer internationalen Ordnung für zivile Kooperation. Und es bedeutet ein Recht auf Migration, eine Ausweitung statt einer Einschränkung der Flüchtlingskonvention und der Asylrechte. Wir müssen endlich Klimaflüchtlinge anerkennen, und zwar nach dem Verursacherprinzip. Die westlichen Industriestaaten sind für den Großteil der historischen CO₂-Emissionen verantwortlich. Und die Menschen, die z.B. in Syrien, aber auch in vielen anderen Teilen der Welt fliehen, weil ihre Länder zerstört werden durch den Klimawandel, sie müssen einen Anspruch darauf haben, in die Länder, die noch bewohnbar sind, migrieren zu können. Wir müssen anders über die sogenannten „Wirtschaftsflüchtlinge“ reden. Warum fliehen sie denn? Es ist im Vortrag von Clemens Ronnefeldt bereits erwähnt worden, dass es in Europa und in den USA tausendfach so viel Vermögen gibt wie in den afrikanischen Ländern. Die Menschen, die aus diesen Ländern fliehen, sind keine Wirtschaftsflüchtlinge, es sind Flüchtlinge vor einer kannibalischen Weltordnung, wie Jean Ziegler sie immer wieder genannt hat. Koloniale und postkoloniale Schulden anerkennen, das bedeutet auch, dass diese Menschen ein Recht haben zu migrieren und ein Recht, anderswo ein menschenwürdiges Leben neu zu beginnen. Ist das alles utopisch? Ja, vielleicht. Aber ich denke, dass die systemische Krise, in die wir uns hineinbewegen, auch bestimmte Chancen bietet, und darüber will ich jetzt im zweiten Teil reden.

Der Zerfall komplexer, hierarchischer Gesellschaftssysteme muss nicht gleichbedeutend mit Apokalypse sein. Das Weströmische Reich zerfiel – ging unter, wie man immer sagt –, aber dieser Zerfall hat tatsächlich vielen Menschen damals eine Art Befreiung gebracht. Die Sklaverei verschwand aus großen Teilen Europas, und auch die grauenhaften Militärapparate mit 700.000 Soldaten verschwanden. Ich will das Mittelalter nicht idealisieren, ich will damit nur sagen, dass der Zerfall großer hierarchischer Gesellschaftssysteme nicht gleichbedeutend sein muss mit Apokalypse für alle. Aber die Chancen dafür, eine Transformation hinzubekommen, die für die Menschen vorteilhaft ist, eine sozialökologische Tiefenttransformation auf den Weg zu bringen, setzt die Abwesenheit von Krieg voraus. Ohne Frieden ist alles andere nichts. Ich glaube, das haben viele Akteure in den sozialen Bewegungen, in den ökologischen Bewegungen vielleicht noch nicht hinreichend erkannt. Die meisten wissen es zwar.

Aber ich sehe auf den Friedensdemonstrationen heute zu wenige Akteure, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen, die sich für Ökologie einsetzen. Diese Bewegungen sind zerspalten. Wir brauchen also eine neue, viel breitere Friedensbewegung, die erkennt, dass all diese Dinge miteinander zu tun haben und ohne einander gar nicht möglich sind.

Wir haben – Daniela Dahn hat es schon angesprochen – eine massive Kriegsgefahr, die durch die Konfrontation mit Russland kommt aber auch mit China. Und das hat etwas mit der Hegemoniekrise der USA zu tun, die ich schon angesprochen habe. Die große Gefahr besteht, dass die amerikanische Regierung nicht bereit ist, eine multipolare Weltordnung zu akzeptieren, und deshalb auf die letzte Karte, die sie hat, auf die militärische Karte – die Hälfte des militärischen Budgets der Welt geht auf das Konto der USA – dass sie auf die militärische Karte setzt – vielleicht auch auf irrationale Weise. Das ist eine enorme Gefahr, das sehen wir in Bezug auf Russland, das sehen wir auch in Bezug auf China.

Der Schwenk des Fokus des amerikanischen Militärs nach Asien („Pivot to Asia“) ist auch unter Obama schon ein Schwerpunkt gewesen. Große Flottenverbände wurden schon damals verlegt. Die Gefahr dabei ist, dass die Amerikaner versuchen, den Aufstieg Chinas als

Wirtschaftsmacht, die in absehbarer Zeit die größte Ökonomie der Welt sein wird, mit militärischen Mitteln zu verhindern. Die chinesische Regierung fürchtet das, mit einer gewissen Berechtigung. Es gibt hunderte US-Militärbasen rund um China, und der Konflikt im südchinesischen Meer dreht sich letztlich auch um die Möglichkeit einer Blockade von Handelswegen.

Chinas Ökonomie ist auf den Export angewiesen, auf die Handelswege, die durch das südchinesische Meer hinausführen. Eine Blockade wäre natürlich fatal für die chinesische Ökonomie, aber natürlich auch für die Weltwirtschaft. Aus diesem Grund arbeitet China gerade an einem Riesenprojekt, das sich „neue Seidenstraße“ nennt: Transportwege, Pipelines, Autobahnen, Bahntrassen quer durch den Eurasischen Kontinent. Es fahren jetzt schon Züge von Shanghai nach Duisburg. Iran und Pakistan sollen auch an das System angeschlossen werden. Und einer der Hintergründe ist, damit einer möglichen US-Blockade zu entgehen. Wie immer man darüber denkt, man sieht in jedem Fall, dass die chinesische Führung ihren Hauptfokus nicht auf militärische Konfrontation legt.

Das kann sie auch gar nicht. Aber das will sie meines Erachtens auch nicht. Und das hat damit zu tun, dass China ein etwas anderer Akteur auf der Weltbühne ist, was wiederum mit der chinesischen Geschichte zu tun hat. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hatte China eine prosperierende nicht-kapitalistische Marktökonomie und ein relativ friedliches System in Ostasien aufgebaut, das über etwa 500 Jahre relativen Frieden hergestellt hat. Die Aktivitäten des Militärs beschränkten sich im Wesentlichen auf Grenzsicherung. Es gab also nicht diese expansive Dynamik wie sie Europa in dieser Zeit entfaltet hat, diese aggressive expansive Dynamik.

China hat eine andere Tradition, von der wir immer noch Spuren sehen, obwohl China natürlich längst Teil des kapitalistischen Weltsystems ist, und das gibt Anlass zur Hoffnung. Es gibt Anlass zu der Hoffnung, dass es diesmal nicht – wie immer bisher in der Geschichte der letzten 500 Jahre – zu einem gewaltigen militärischen Konflikt kommt, wenn ein neuer potentieller Hegemon aufsteigt. Wie es der Fall war, als das Britische Empire aufstieg, wie es der Fall war, als das amerikanische Empire aufstieg.

Europa spielt in dieser Situation eine ganz entscheidende Rolle. Wir stehen hier an einem Scheideweg. Es ist schon angemerkt worden, dass die Wahl von Donald Trump als Vorwand benutzt wird, Europa aufzurüsten, Deutschland aufzurüsten. Das Rüstungsbudget soll auf 2% des BIP heraufgeschraubt werden. Es ist sogar von deutschen Atombomben die Rede, in völlig unverantwortlicher Weise. Das ist die eine Möglichkeit: sich in eine neue Spirale militärischer Eskalation hineinziehen zu lassen. Und das ist mit Sicherheit eine tödliche Option in der chaotischen Situation, in der wir uns befinden und die mit Sicherheit noch chaotischer werden wird. Die andere Option, die wir haben, ist eine zivile Rolle für die EU, für Deutschland und andere Länder einzunehmen. Unter anderem in einer Partnerschaft mit China.

Denkbar ist z.B. ein eurasisches-afrikanisches Sicherheitssystem nach dem Vorbild der OSZE anstelle der Nato. Die Nato beruht auf einer exklusiven Logik und auf einer militaristischen Logik, während die OSZE auf einer etwas anderen Logik beruht. Interessanterweise wird die OSZE relativ brach liegen gelassen, die letzten Gespräche sind ergebnislos vertagt worden. In die Nato dagegen fließen die ganzen Gelder. Wir brauchen also einen radikalen Schwenk. Wenn man eine solche Zusammenarbeit mit Russland und China sucht, bedeutet das nicht, dass man die russische und chinesische Regierung, autoritär wie sie sind, mögen muss. Entspannungspolitik bedeutet nicht, dass man alles, was auf der anderen Seite einer Grenze stattfindet, gutheißen muss. Entspannung bedeutet ja gerade, dass da, wo Differenzen bestehen, man trotzdem dafür sorgt, dass man sich nicht gegenseitig umbringt. Das ist die Voraussetzung für alles andere.

Auch im Nahen Osten gibt es große Möglichkeiten, für Frieden zu sorgen. Aber ich frage mich, wo sind denn die zivilen Initiativen? Wo ist z.B. der Ruf nach einem Stopp aller

Waffenlieferungen in die Region? Noch immer beliefern wir Saudi Arabien, und aus Saudi Arabien gehen die Waffen teilweise direkt zum IS und zu anderen Konfliktparteien. Was ist aus der Idee einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten geworden? Diese Initiative gibt es, aber die wenigsten haben tatsächlich davon gehört, auch weil unsere Journalisten sehr selten darüber berichten. Herr Steinmeier, unser ehemaliger Außenminister und jetziger Bundespräsident, hat sich vor zwei Jahren z.B. dafür ausgesprochen. Aber daraus ist nicht viel hervorgegangen. Da müssen die Energien reingehen. Wie wäre es mit der Idee eines Marshallplans für den Nahen und Mittleren Osten? Auch als Reparation für die gewaltigen Verbrechen und Schäden, die dieser Region durch 200 Jahre westliche Kolonisation und Ausbeutung angetan wurden. Was ist mit der Idee einer atomwaffenfreien Zone des Nahen und Mittleren Ostens? Auch diese Initiative gibt es tatsächlich. Sie ist bisher nur noch nicht weit gekommen, unter anderem weil Israel sie boykottiert. Auch Sanktionen gegen Saudi Arabien wegen ihrer Unterstützung von Terrororganisationen gehören dazu. Es gibt sehr viele Möglichkeiten, auf andere Weise in der Region Frieden zu schaffen. Zumindest mittel- und langfristig. Rüstungsreduktion – wir sind im Wahlkampfjahr – muss ein Wahlkampfthema werden, auch die deutschen Waffenexporte zu stoppen als drittgrößter Waffenexporteur.

Die Abschaffung von Atomwaffen ist ein weiteres zentrales Thema. (*Ans Publikum:*) Wer von Ihnen kennt die Organisation ICAN? – Das sind hier relativ viele, weil Sie überwiegend friedensbewegt sind. Sonst kennt sie kaum jemand, selbst unter den politisch Interessierten. Es ist möglicher Weise die wichtigste Organisation der Welt, denn sie kämpft seit langer Zeit dafür, dass Atomwaffen abgeschafft werden. Tatsächlich gibt es Erfolge. Am 23.12. letzten Jahres, kurz vor Weihnachten, hat die UN-Vollversammlung beschlossen, einen Verhandlungsprozess für die sofortige Abschaffung von Atomwaffen auf den Weg zu bringen.

Im Vorfeld haben allerdings die USA ihre Verbündeten aufgefordert, den Prozess zu boykottieren. Ich zitiere aus einem Nato-Papier, das auf das Pentagon zurückgeht: „Anstrengungen, Verhandlungen über eine rasche Abschaffung von Atomwaffen zu beginnen, stehen im Widerspruch zur NATO-Politik.“ Die Bundesregierung hat gehorsam gegen die Resolution zur Abschaffung von Atomwaffen gestimmt. Die Begründung ist absurd, sie sagt: Ja, wir sind gegen Atomwaffen, wir wollen eine atomwaffenfreie Welt, aber nicht jetzt. Das ist bemerkenswert, immerhin geht es um unser aller Überleben. Das müsste Nachrichtenthema Nummer Eins sein um 20 Uhr oder bei Anne Will. Über diese Abstimmung habe ich aber nichts in den Nachrichten gehört.

Wir brauchen außerdem ein Verbot von Kriegerrobotern, den sogenannten Lethal Autonomous Weapon Systems – den tödlichen autonomen Waffensystemen. Das sind diese ganzen Drohnen und Tötungsmaschinen, die enorme Gefahren darstellen. Die deutsche Regierung hat derzeit eine butterweiche Position dazu.

Um diese Dinge zu erreichen, brauchen wir tatsächlich eine neu belebte, neu gestärkte Friedensbewegung, die sich verbindet mit der Klimabewegung und den Bewegungen für soziale Gerechtigkeit. Wir müssen über unsere Milieugrenzen hinausgehen.

Ich beobachte immer wieder in politischen Verhältnissen, dass wir uns alle in Blasen bewegen. Wir kennen vor allem Leute, die unserer Meinung sind. Es ist, glaube ich, eine ganz wichtige Anstrengung, über diese Milieus hinauszugehen. Auch die Sprache anderer zu lernen. Wir haben unsere eigenen Codes, unsere eigene Sprache.

Es ist wichtig, sich die Mühe zu machen, mal zu schauen, was z.B. die Verdi-Betriebsgruppe macht, die gegen eine Krankenhausprivatisierung kämpft. Vielleicht gibt es da Gemeinsamkeiten. Wir müssen also eine breite Plattform bilden, um unsere Anliegen in dieser extrem brenzligen und kritischen Situation, wo überall aufgerüstet wird, durchsetzen zu können.

Und wir brauchen Friedensjournalismus. Johan Galtung, der Begründer der Friedens- und Konfliktforschung, hat diesen Begriff geprägt. Wir brauchen ihn mehr denn je. Friedensjournalismus heißt z.B., ausführlich darüber zu berichten, dass es eine UN-Initiative zur Abschaffung von Atomwaffen gibt und dass sich die Bundesregierung dagegen stellt. Friedensjournalismus heißt, Falschberichterstattung oder einseitige Berichterstattung zu korrigieren. Indem man z.B. über die Vorgeschichte des Ukraine Konfliktes und vieler andere Konflikte Dinge erfährt, Zusammenhänge, die wir sonst selten erfahren. Wir brauchen einen Journalismus, der nicht einfach zusammenhangslose Bilder von Konflikten zeigt und das Material der 23 000 PR-Agenten, die im Pentagon arbeiten, verwertet, wir brauchen unabhängige Medien. Und aus diesem Grund habe ich auch vor mittlerweile sieben Jahren Kontext TV mitbegründet, ein unabhängiges Nachrichtenmagazin, das sich mit diesen und vielen anderen Themen beschäftigt. Aber wir brauchen viel mehr davon. Wir brauchen eine sehr breite Basis. Wir sind dabei zu überlegen, einen europäischen Fernsehsender zu gründen, der diese Themen und andere behandelt. Ich komme zum Schluss. Morgen Vormittag gibt es die Gelegenheit noch weiter zu diskutieren, alle diese Dinge zu vertiefen. Vielen Dank.

Weitere Informationen:

www.megamaschine.org

www.kontext-tv.de